

Sandra Seubert

Das Konzept des Sozialkapitals

Eine demokratietheoretische Analyse

Inhalt

Einleitung	9
1. Demokratie, Bürgergesellschaft und Sozialkapital: Ein Problemaufriss	23
1.1 Der Diskurs der Bürgergesellschaft zwischen Bürgerbeteiligung und neuer Staatlichkeit	23
1.2 Zur politiktheoretischen Konzeptualisierung der Bürgergesellschaft.....	30
1.3 Bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital	38
1.4 Sozialkapital und Solidarität	43
2. Gute Bürger – Gute Institutionen: What makes democracy work? ...	52
2.1 Das Konzept der Zivilgesellschaft bei Robert Putnam	52
2.2 Institutionelle Performanz und der Output der Demokratie.....	56
2.3 Chamäleon oder Wolf im Schafspelz? Putnams kommunitaristische Agenda	63
3. Kooperation und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Putnams Konzept des Sozialkapitals.....	72
3.1 Sozialkapital und Theorien kollektiven Handelns	72
3.2 Strukturelle und kulturelle Dimensionen des Sozialkapitals.....	74
3.3 Interne und externe Effekte	78
3.4 Sozialkapital als öffentliches Gut	83
3.5 Resümee I: Zum Erklärungsanspruch des Konzepts	90

4.	Normative Potentiale zivilgesellschaftlicher Assoziationen	100
4.1	Freiwilligkeit	101
4.2	Normen der Reziprozität	105
4.3	Vertrauen	111
4.4	Jenseits assoziationstheoretischer Perspektiven	115
5.	Ziviles und unziviles Sozialkapital	118
5.1	Wann ist Zivilgesellschaft »schlecht«? Zur Differenzierung unterschiedlicher Formen von Sozialkapital.....	118
	Exkurs: Sozialkapital und der kulturelle Wandel des Geschlechterverhältnisses	132
5.2	Kulturelle Differenz oder soziale Ungleichheit? Sozialkapital und die Bedeutung sozialer Gruppen	135
5.3	Die Frage der Kongruenz: Zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und liberaler Demokratie	148
6.	Kampf um Distinktion: Bourdieus Konzept des Sozialkapitals.....	162
6.1	Allgemeiner sozialtheoretischer Hintergrund	162
6.2	Differenzierung der verschiedenen Kapitalformen	166
6.3	Die Ökonomie sozialer Kämpfe.....	174
6.4	Resümee II: Überlegungen zu einer übergreifenden Theorie des Sozialkapitals	181
7.	Institutionelle Ermutigungsbedingungen sozialer Kooperation.....	192
7.1	Zur demokratietheoretischen Bedeutung generalisierten Vertrauens	192
7.2	Genese von Vertrauen aus der Institutionalisierung von Misstrauen: Piotr Sztompka	197
7.3	Das sozialisatorische Potential institutioneller Ordnung: Claus Offe.....	203
7.4	Institutionell vermitteltes Vertrauen als republikanisches Ethos: Philip Pettit.....	209
7.5	Institutionen als Erfahrungsraum	223

8. Sozialkapital in der Netzwerkgesellschaft.....	234
8.1 Die Auflösung der »nationalen Konstellation«	234
8.2 Netzwerkgesellschaft und die Krise der Sozialintegration	238
8.3 Netzwerkethik und der »neue Geist des Kapitalismus«	246
8.4 Eine Ideologie der Aktivität?	262
Schluss	266
Literatur.....	271

räumlichen Konzeption des Nationalstaats des 19. Jahrhunderts (ebd.: 421). Die »konnexionistische Welt« interessiert sich nur noch bedingt für »Schuldverpflichtungen« als legitime Quelle sozialen Zusammenhalts. Will sie dennoch Legitimationskrisen vermeiden, muss sie die projektbasierte Rechtfertigungsordnung zu reparieren, zu erhalten versuchen. Denn in einer legitim erachteten Rechtfertigungsordnung müssen die Vorteile der *Großen* als verdient erscheinen und dazu beitragen, dass es auch den *Kleinen* besser geht.

Boltanski/Chiapellos Analyse geht mit einem theoretischen Optimismus einher, insofern sie von der inhärenten Notwendigkeit der Inkorporation von Kritik ausgehen (s.o.).³³ Da der Kapitalismus seine Selbstzerstörung nicht wollen kann, muss er Protestbewegungen und ihre Argumente ernst nehmen. Es ist hier nicht der Ort, die empirische Tragfähigkeit der Annahme eines Wiedererstarkens der Sozialkritik zu prüfen. Auch die Maßnahmen zur Reform sollen nicht im Einzelnen diskutiert werden.³⁴ Vielmehr soll noch einmal auf die widersprüchlichen Anforderungen zurückgegangen werden, die die »projektbasierte *Polis*« ihren Akteuren zumutet.

8.4 Eine Ideologie der Aktivität?

Eine wesentliche Annahme der Analyse von Boltanski und Chiapello besteht darin, dass der jeweils epochenspezifische *Geist* des Kapitalismus sich in einer »Alltagsmoral« niederschlägt und dadurch die sozialen Beziehungen in ihrer Gesamtheit durchdringt. Die von strukturellen Zwängen induzierte Netzlogik der »projektbasierten *Polis*« hat kolonisierenden Charakter: Sie beschränkt sich nicht auf die Arbeitswelt, sondern greift auf alle Lebensbereiche aus. Insbesondere manifestiert sie sich in einem Verschwimmen der Grenzen zwischen Freizeit und Beruf, zwischen Privat- und Ar-

³³ Zwar gibt es unterschiedliche Möglichkeiten der Wirkung von Kritik auf den Geist des Kapitalismus (vgl. Boltanski/Chiapello 2003: 69ff.). Die am wenigsten optimistische Variante ist die, dass der Kapitalismus sich der Notwendigkeit zur Verfestigung sozialer Gerechtigkeitsstrukturen entzieht, indem er Verwirrung stiftet und schwerer durchschaubar wird. Aber dies erscheint gewissermaßen nur als ein Durchgangsstadium der Lähmung bis die Kräfte der Kritik sich neu geordnet haben.

³⁴ Sie betreffen vor allem die angemessene Erfassung der *Projekt*-Beteiligten, gerechte Entlohnungsregeln, Angleichung der Mobilitätsvermögen (vgl. dazu Boltanski/Chiapello 2003: 413ff.).

beitsleben, zwischen Ökonomischem und Sozialem. Wie sind nun die Folgen einzuschätzen, wenn die Wertigkeitsordnung der »projektbasierten Polis« die Alltagsmoral im Ganzen durchdringt? Ist ein Leben unter den Imperativen der Entgrenzung und Entbindung im Ganzen vorstellbar? Ist es plausibel anzunehmen, dass die Akteure sich ihnen voll und ganz unterwerfen?

Natürlich ist die Wertigkeitsordnung, wie wiederholt angemerkt, keine empirische Beschreibung der Welt, sondern bezieht sich auf die Ideologie, im Sinne der Vorstellung, die sie sich von sich selbst macht. Aber um Legitimationskrisen zu vermeiden, muss eine Ideologie Anker in der Wirklichkeit haben (Vorbilder, die ihr in idealer Weise entsprechen, Institutionen, die sie verkörpern u.ä.). Gerade die sozialen Paradoxien der »projektbasierten Polis« machen es vorstellbar, wenn nicht sogar wahrscheinlich, dass ihre Imperative zwar hochgehalten, insgeheim aber nach Ausweichstrategien gesucht wird. Die Idee der grenzenlosen Beweglichkeit wird dann zur Ideologie (im schlechten Sinne). Um dem permanenten Innovations- und Kontaktpflegedruck zu entgehen, bestehen starke Anreize die Netze zu schließen und defensives Sozialkapital als Gruppengut anzusammeln. Um der Entgrenzung entgegenzuwirken, werden neue Grenzen gezogen. Die Diffusität der Bewährungsproben in der »projektbasierten Polis« eröffnet die Möglichkeit, andere Kriterien als die offen postulierten in den Auswahlprozess einfließen zu lassen. Mit geschlossenen Netzen lassen sich Statuspositionen ganz gut halten, zumal dann, wenn die Erfolgreichen die weniger Erfolgreichen ohnehin längst abgehängt haben. In einer Situation, in der die Ausgangspositionen hinsichtlich der Ausstattung mit ökonomischem und kulturellem Kapital ungleicher werden, in der soziale Mobilität (im Sinne von gesellschaftlichen Aufstiegschancen) abnimmt und sozialer Status sich über Generationen hinweg verstetigt, bedeutet »aktiv sein« für die einen den Zuwachs an Selbstverwirklichung, während es für die anderen zur Zumutung (»kümmere dich selbst«) wird.

Vetternwirtschaft und Korruption widersprechen zwar den normativen Maßstäben der »projektbasierten Polis« und bleiben als allgemeinwohl-schädlich offiziell geächtet. Aber Loyalität unter Mitgliedern einer Gruppe muss nicht gleich diese illegalen Extremformen annehmen. Gerade die Strukturen der Netzwerk-Polis bieten vielfältige Möglichkeiten, sich über Kontakte, Informationen und Beteiligungen wechselseitig Hilfe und Sicherheit zu gewähren. Diese Entwicklungen, die die Ideologie grenzenloser Beziehungsmöglichkeiten konterkarieren, müssten den vormalig negativ

konnotierten Netzwerkbegriff in die sozialwissenschaftlichen Analysen zurückbringen. Welche Loyalitätsbeziehungen es sind, die zur Grundlage von Sozialkapital als Gruppengut werden können, ist eine andere Frage. Der Rückzug auf reaktive kollektive Identitäten im Sinne Castells scheint nur *eine* Möglichkeit zu sein. Das Durchschlagen alter Klassenstrukturen oder der Einfluss von Elitenetzwerken einer neuen »globalen Klasse« (Dahrendorf 2000) wären weitere Möglichkeiten. Dies aber ist nicht mehr allein eine Frage der Ideologie- bzw. Diskursanalyse, sondern der empirischen Sozialforschung.

Wie wirken sich die Paradoxien der Sozialkapitalbildung in der »projektbasierten *Polis*« auf die Aktivitäten in der Bürgergesellschaft im engeren Sinne aus? Die hohe Wertschätzung von Aktivität und das Verschwimmen der Tätigkeitsgrenzen, von Beruf und Ehrenamt, Arbeit und Freizeit, müssten eigentlich zunächst das Engagement in zivilgesellschaftlichen Assoziationen begünstigen. Es ist attraktiv, sich engagiert zu zeigen. Dagegen steht die Gefahr der normativen Entleerung bzw. strategischen Ausbeutung zivilgesellschaftlichen Engagements. Ist das Spenden von Zeit und Geld in keinen weiteren normativen Bezugsrahmen eingebunden, der das Engagement als sinnvoll erscheinen lässt, sondern allein am individuellen Ziel der »employability«-Optimierung orientiert, droht das oben beschriebene Opportunismusrisiko: Man springt ab, sobald das Engagement sich in dieser Hinsicht nicht mehr lohnt. Das Engagement würde möglicherweise durch kurzfristige Begeisterung für ein Anliegen motiviert, wäre aber auf Dauer wenig belastbar.

Empirische Befunde haben in den letzten Jahren Hinweise geliefert, dass sich der Charakter zivilgesellschaftlichen Engagements in eine Richtung verändert hat, die Selbstentfaltungsmotiven (gegenüber Pflichtmotiven) größere Bedeutung zukommen lässt (Klages 2000, BMFSFJ 2005: 28). Bereits in diesem Zusammenhang wurde kritisch diskutiert, inwiefern dies den Charakter freiwilligen Engagements verändere, weil nun eine eigennutzorientierte Motivationsbasis überwiege (was sich daran zeige, dass Selbsthilfegruppen gegenüber traditioneller Vereinsmitgliedschaft den größeren Zulauf haben, Klages 2000: 160). Die in der empirischen Engagementforschung diagnostizierten *Selbstentfaltungsmotive* könnten sich unter dem Druck gestiegener individueller Verantwortung für Karriereplanung und berufliche Profilierung zu *Selbstoptimierungsmotiven* wandeln. Damit wäre im Wesentlichen ein Wandel im Selbstverhältnis der Akteure verbunden: ein eher strategisches Verhältnis zum eigenen Tun, das weniger

mit einem Zuwachs an Selbstbestimmung als mit Gouvernamentalität im Foucault'schen Sinne zu tun hätte.³⁵ Während Selbstentfaltung noch auf eine Idee ethischer Autonomie und individuell gelungenen Lebens Bezug nimmt, ist Selbstoptimierung auf die Zurichtung der eigenen Persönlichkeit und Biographie entlang von Standards ausgerichtet, die als (nicht selbst gewählte) Zwänge gar nicht mehr reflektiert werden. Die Veränderungen im Selbstverhältnis der Akteure ließen sich als Teil eines Prozesses diagnostizieren, der die Grenzen zwischen Ökonomischem und Sozialem (bzw. Politischem) auflöst.

Vor dem Hintergrund der von Boltanski und Chiapello analysierten Rechtfertigungsordnung des »neuen Geists des Kapitalismus« erscheint auch der Ruf nach einer verstärkten Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen des zu Beginn skizzierten Diskurses der »neuen Staatlichkeit« in einem anderen Licht. Könnte die öffentliche Aufwertung von Sozialkapital und seine Beschwörung von Seiten eines »aktivierenden Staates« sich als Element einer »aktivgesellschaftlichen Formierung weiter Lebensbereiche« erweisen (Lessenich 2006: 337)? Überlappungen mit dem Anforderungsprofil des »flexiblen Menschen« (Sennett) und der Prämierung von Aktivität in der »konnexionistischen Welt« sind nicht von der Hand zu weisen. Aus Wirtschaft und Politik ertönt eine ähnliche Melodie: Sei aktiv, flexibel, mobil. Wenn Du schon keinen Job findest, engagiere Dich wenigstens bürgerschaftlich – das erhält bzw. verschafft dir Qualifikation. Wenn Du schon so früh Rente beziehst, sei wenigstens weiterhin aktiv und gib der Gesellschaft auf diese Weise etwas zurück. Verlasst Euch nicht auf den Staat, wenn Ihr öffentliche Güter genießen wollt ... ! Im Kontext der Reform eines angeblich »passivierenden« Wohlfahrtsstaates besteht die Möglichkeit eines ideologischen Gebrauchs des Sozialkapital-Konzepts und einer Indiennahme für eine neoliberale Demontage institutionalisierter Solidarität. Ebenso wie bei Bourdieus Thematisierung von Sozialkapital liegt die Bedeutung von Boltanskis und Chiapellos Analyse gesellschaftlicher Rechtfertigungsordnungen in ihrer (macht)kritischen Stoßrichtung. Für eine demokratietheoretische Betrachtung des aktuellen Diskurses der Bürgergesellschaft, die auch die Widerstände gegen die Verwirklichung ihrer normativen Prinzipien reflektiert, ist dies unverzichtbar.

35 Foucault versteht darunter Herrschaftstechniken, die auf eine *Führung* des Selbst zielen und durch die sich Macht und Subjektivität gleichursprünglich konstituieren (vgl. Foucault 2004). Eine Gouvernemenalitätsanalyse, die diese in Zusammenhang mit »neoliberalen Machttechniken« bringt, bieten Bröckling/Krasmann/Lemke 2000.